

**Statement aus dem Unterstützerkreis  
der Paul-Gerhardt-Kirchengemeinde Berlin-Lichtenberg  
Gemeindebezirk Karlshorst  
zur Verleihung des Integrationspreises**

**am 14.09.2015**

***Presseerklärung***

Wir, die Paul-Gerhardt-Gemeinde in Berlin-Karlshorst, beherbergen seit Dezember 2014 sieben junge Männer aus der großen Gruppe der zum Oranienplatz Geflüchteten. Zwei von ihnen kommen aus dem Sudan, fünf aus dem Tschad.

So sind wir, lange bevor die jetzige Herausforderung mit der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung begann, als Gemeinde intensiv mit dieser Aufgabe betraut worden.

Nach den abschlägigen Bescheiden des Berliner Senats für mehr als 500 Oranienplatzbewohnerinnen und -bewohner im Herbst 2014 erklärte sich die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg bereit, ca. 100 von ihnen Nothilfe zu gewähren und eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. So war unsere Gemeinde, die sich inhaltlich schon mit diesem Thema beschäftigte, unerwartet schnell in ganz praktischer Weise mit dieser Fragestellung gefordert. Es galt, den gesamten Alltag in all seinen Facetten, angefangen von Kleidung über Schlaf- und Kochmöglichkeiten bis hin zur BVG-Monatskarte, zu organisieren und zu finanzieren. Da eine sprachliche Verständigung gleich zu Beginn schwierig war, wurde, straff über die Woche verteilt, Deutschunterricht in kleinen Gruppen organisiert. Hier gab es schnell Fortschritte. Die Alltagsorganisation inkl. Reinigung, Waschen und Kochen wurde von Beginn an von unseren Gästen selbständig erledigt.

Dies alles wurde nur durch einen großen Unterstützerkreis möglich, der sich intensiv sieben Tage in der Woche um die Belange der sieben Bewohner der Kirchenwohnung kümmerte.

Bei allem Einsatz für diese Dinge gibt es aber ein sehr großes Problem, ausgelöst durch die politischen Gegebenheiten der speziellen Vorgänge am Oranienplatz.

Das unterscheidet die Situation unserer sieben Schützlinge von der derzeit eintreffender Asylbewerber.

Von den politisch Verantwortlichen ist keine tragfähige Lösung für die Oranienplatzbewohner geschaffen worden, was viele zwangsläufig in die Obdachlosigkeit und Illegalität geraten ließ. Illegalität heißt für sie, ohne persönliche Schuld mit der ständigen Angst leben zu müssen, aufgegriffen zu werden, kein sicheres Bett für die tägliche Übernachtung zu haben und nicht zu wissen, ob heute eine Mahlzeit möglich ist. Dabei darf Krankheit nicht vorkommen. Mit dieser Situation müssen sie seit über einem Jahr leben.

Auch für uns als Unterstützer ist diese Unsicherheit schwer auszuhalten.

Integration hat zwei wichtige Seiten: Zum einen geht es darum, soziale Kontakte herzustellen und für ein menschenwürdiges Leben zu sorgen. Hier gestalten wir als Gemeinde, was uns möglich ist und haben mit viel Aufwand eine vernünftige Situation geschaffen.

Die andere Seite ist jedoch die rechtliche Grundlage und hier das größere und stets präsente Problem: die Unzulässigkeit der Aufnahme eines Asylverfahrens bzw. das Fehlen einer Duldungs- oder Aufenthaltserlaubnis.

Es ist unwiderruflich die Politik gefordert, jetzt im Einzelfall Lösungswege zu gestalten.

Unsere Schutzbefohlenen haben auf ihrer Flucht mehrfach erfahren, dass Zusagen der politisch Verantwortlichen nicht eingehalten wurden und haben damit jegliches Vertrauen in Politik verloren. Eine Vertrauensbasis zwischen Politik und den Menschen, dieser demokratische Wert, auf den wir nach außen hin eigentlich stolz sind, muss hier wieder möglich sein.

Ihre von uns erfassten biographischen Hintergründe zeigen, dass es sind Menschen sind, die in ihrer Heimat direkt von Gewalt, Gefängnis und Tod bedroht sind. Unter diesen Umständen haben sie über viele Jahre ihre Familien nicht gesehen. Sie haben einen unvorstellbaren Fluchtweg hinter sich und mussten über lange Zeit in Italien mittellos auf der Straße leben. Eine Rückkehr in ihre Heimatländer ist zurzeit unmöglich und lebensgefährlich. Dieser statusbedingte Schwebestand stellt derzeit praktisch eine weitere Traumatisierung für den Einzelnen dar.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen daher dringend auf, hier endlich schnell Lösungen zu finden. Uns ist bewusst, dass die allgemeine Thematik der Geflüchteten sehr viele Kräfte bindet. Wir sehen aber auch, dass hier eine Gruppe, die der ehemaligen Oranienplatz-Bewohner, Gefahr läuft, in ein bodenloses Nichts zu fallen. Es ist zu beobachten, dass Geflüchtete wie auch Unterstützer teilweise pauschal verurteilt und kriminalisiert werden. Die derzeitigen Gesetze, wie Dublin II und III, haben anerkanntermaßen längst den Bezug zur Realität verloren. Es besteht die große Gefahr, bei Beurteilung einzelner Schicksale allein durch Aktenlage, schwere Fehlentscheidungen zu treffen. Die Abschiebung in ihre Heimatländer oder die Länder, in denen sie erstmals europäischen Boden betraten, ist nun wirklich kein human vertretbarer Gedanke in unsere Zivilgesellschaft. Dieser Rechtsvollzug bewirkt nur neues Leid und Verelendung und unkontrollierbare Reaktionen.

Private Personen und Organisationen sollten nicht nur verbal ermutigt werden, Flüchtlinge mit schwierigen Lebensgeschichten aufzunehmen. Hier fehlt für Hilfwillige der rechtliche Rahmen und die Sicherheit, dies auch wirklich „tat“-sächlich umsetzen zu dürfen.

Wir können nur für unsere Gäste sprechen. Sie alle haben den größten Wunsch, in klaren Verhältnissen leben zu können, ihre Deutschkenntnisse immer weiter zu verbessern und aufbauend auf ihre Berufserfahrung in ihrer Heimat eine Ausbildung zu absolvieren. Ihr vordringlichstes Anliegen ist, selbständig für ihren Lebensunterhalt sorgen. Ob nun im Pflegedienst, als Integrationshelfer oder im Handwerk, Arbeitskräfte werden zunehmend rar. Auch würden sie mit diesen Kenntnissen wieder in ihre Heimatländer zurückgehen, sobald sich die politische Situation dort verbessert hat. Deshalb erwarten wir von dem Regierenden Bürgermeister über die Parteigrenzen hinweg:

- Veranlassen Sie eine Überprüfung der Geflüchteten durch das BKA auf Unbedenklichkeit.
- Benennen Sie Verantwortliche aus den Entscheidungsgremien des Senates, mit denen wir vor Ort zusammen an realistischen Aufenthaltsperspektiven für die Aufnahme einer Ausbildung oder einer Beschäftigung arbeiten können.

Einfach: Helfen Sie uns wirklich!

Wir vom Unterstützerkreis bieten an, bei klarer staatlicher personeller Zuständigkeit, an tragfähigen Lösungen mitzuwirken.

Die Anerkennung unsere Gemeinde mit der geleisteten Arbeit für Geflüchtete in Form des heute verliehenen Integrationspreises ist nur dann schlüssig, macht nur dann Sinn, wenn uns die Verantwortlichen der Politik die Zusage geben, für einen nachhaltig vernünftigen Klärungsweg des beschriebenen Problems belastbar einzustehen.

So werden auch bei uns Kräfte frei, an anderer Stelle mitwirken zu können und unsere Erfahrungen einzubringen.

Wir, für unseren Teil und unserem Gebot entsprechend, müssen und werden weiterhin für eine Lösung dieser derzeit noch schwierigen Situation konsequent und mit Nachdruck eintreten.

*Nachfragen richten Sie gerne an:*

Ernst-Martin Günther, Email: [ernst-martin.guenther@gmx.de](mailto:ernst-martin.guenther@gmx.de)

Christiane Buchholtz, Email: [christiane.buchholtz@denkraum-berlin.de](mailto:christiane.buchholtz@denkraum-berlin.de)